

# Monopoly am Malecón

Die kubanische Regierung setzt bei der Förderung von Selbstständigen auf deutsche Hilfe. Wird damit der Sozialismus verbessert? Oder ist es ein „konterrevolutionäres Programm“?

Von Astrid Prange de Oliveira

Es ist eine schleichende Revolution. Eine Revolution, die vorgibt, den Sozialismus zu verbessern, und gleichzeitig das Potenzial hat, ihn in seinen Grundfesten zu erschüttern. Die Ziele klingen harmlos: lokale Wirtschaftsentwicklung, finanzielle Bildung, Förderung von Kleinstunternehmern. Wer könnte etwas dagegen haben?

Die Revolution ist – mal wieder – auf Kuba ausgebrochen. Seit dem Ende des Kalten Krieges zwischen Havanna und Washington im Juli 2015 versucht sich die Regierung auf der kommunistischen Insel in einer ganz besonderen Dialektik: Sie fördert kapitalistische Kleinstunternehmer, um Probleme sozialistischer Planwirtschaft zu überwinden.

Beistand für ihre Pläne erhält die kubanische Regierung aus Deutschland: Die Sparkassenstiftung für internationale Kooperation berät die kubanische Sparkasse „Banco Popular de Ahorro“ (BPA) bei der Vergabe von Kleinkrediten und bietet Kreditnehmern unternehmerische Schulungen an. Die BPA ist mit über 400 Filialen und rund drei Millionen Kunden die größte Bank auf der Insel.

Der Grund für das Vertrauen in den deutschen Beistand liegt in der jüngsten Geschichte. Schließlich mussten sich nach der Wende 1990 alle Banken in der ehemaligen DDR auf die neue Wirtschaftsordnung im wiedervereinigten Deutschland einstellen. „Die Banken hatten einen Überschuss an Einlagen, aber keinerlei Erfahrungen mit der Vergabe von Krediten“, erinnert sich Nilaus Bergmann, Geschäftsführer der Sparkassenstiftung. „Weil dies bis vor kurzem auch die Ausgangslage bei der BPA war, ist die Kooperation mit dem ostdeutschen Sparkassenverband auf Kuba willkommen.“

Nach Informationen der Stiftung ist mit der kubanischen Zentralbank vereinbart, dass Stiftungsmitarbeiter die Ausbildung für die Vergabe von Kleinkrediten bei allen Banken auf Kuba übernehmen, die im Kundenkontakt stehen. Bei der Kooperation, die vom Regionalbüro der Stiftung in Mexiko gesteuert wird, stehen drei Ziele im Vordergrund: Einführung eines dualen Ausbildungssystems, Aufbau und Erweiterung finanzieller Fortbildung und Stärkung des Verbandswesens.

Die kapitalistische Graswurzelbewegung made in Germany läuft. In Havanna werden mittlerweile kontinuierlich Schulungen für Multiplikatoren kubanischer Banken angeboten. Dabei geht es um die Ansprache potenzieller Kunden, die Beurteilung von deren Kreditwürdigkeit, die Kalkulation von Risiken und die Fähigkeit, herauszufinden, wann ein Kredit für Investitionen sinnvoll ist.

Der Crashkurs in Betriebswirtschaft richtet sich auch an potenzielle Kreditnehmer. In sogenannten „moderierten Unternehmensplanspielen“, die von der Stiftung entwickelt und an kubanische Verhältnisse angepasst wurden, sollen an-

gehende Kleinstunternehmer lernen, ihre Geschäftsideen und eine Budgetplanung zu entwickeln. Staatliche Bankangestellte wiederum sind gefordert, auf die Bedürfnisse von Existenzgründern einzugehen.

Noch bis vor kurzem waren Kredite für den Ausbau der „Arbeit auf eigene Rechnung“ (Trabajo por cuenta propia), wie unternehmerische Tätigkeiten auf Kuba genannt werden, noch an strenge Auflagen gebunden. Die meisten Existenzgründer bekamen ihre Finanzspritze nicht von einer staatlichen kubanischen Bank, sondern von Verwandten aus Miami.

## Rund 200 Berufe zur privaten Selbstständigkeit sind erlaubt

„Das kubanische Bankensystem ist nicht darauf ausgerichtet, in private Unternehmen zu investieren. Es genießt wenig Vertrauen bei der Bevölkerung“, schreibt der bekannte kubanische Schriftsteller Ernesto Pérez Chang auf der Plattform „Cubamet“. Die Gründerwelle auf Kuba sei nur die Spitze eines Eisbergs, mutmaßt er. „Darunter verbergen sich jede Menge kleine Mauseleien bis hin zu abenteuerten Betrügereien.“

Die Zahlen belegen den enormen Nachholbedarf im staatlichen Bankensektor. Nach Medienberichten, die sich auf die kubanische Bankenaufsicht berufen, haben zwischen Januar 2010 und Juli 2015 lediglich 2482 Selbstständige einen Kredit bei einer kubanischen Bank beantragt. Angesichts der über 500 000 Existenzgründer auf der Insel eine verschwindend geringe Zahl.

Die kommunistische Regierung in Havanna scheint entschlossen, einzugreifen und die Förderung der „cuentapropistas“ nicht länger Exilkubanern aus den USA zu überlassen. Sie hat rund 200 Berufe zur privaten Erwerbstätigkeit freigegeben.

Für diese Selbstständigen bietet die „Banco Popular de Ahorro“ seit September 2015 Kredite in Höhe von umgerechnet 400 Dollar ohne Garantien an. Die Bearbeitungszeit eines Antrags wurde auf drei Werktag verringert, die Tilgungsfrist von fünf auf bis zu zehn Jahre erweitert.

Außerdem dürfen die örtlichen Filialen der BPA mittlerweile auch Kredite in Höhe von umgerechnet 4000 Dollar ohne zusätzliche Genehmigung einer höheren Instanz vergeben. Bis vor kurzem lag das Limit bei 800 Dollar.

Dass Havanna und Berlin nun erneut zusammenarbeiten, diesmal nicht aus sozialistischer Verbundenheit, sondern aus Neugierde beim experimentellen Umgang mit marktwirtschaftlichen Mechanismen, elektrisiert nicht nur die Sparkassenstiftung für internationale Kooperation, sondern auch die deutsche Politik und Wirtschaft.

Seit Oktober 2016 fördert auch das Bundesministerium für wirtschaftliche



Das kubanische Bankensystem ist genauso in die Jahre gekommen wie die meisten der berühmten Oldtimer auf der Insel.

DPA

Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) die Transformation des Bankensektors auf der Insel. Im Rahmen des „Regionalprojekts zur Verbesserung des nachhaltigen Zugangs zu Finanzdienstleistungen durch die Stärkung von Bildungs- und Verwaltungsstrukturen in Lateinamerika und der Karibik“ unterstützt das Ministerium die Arbeit der Sparkassenstiftung auf Kuba bis September 2019 mit rund 400 000 Euro. Geplant ist laut BMZ eine Verlängerung des Projekts in einer zweiten Projektphase bis September 2022.

Auch die deutsche Wirtschaft will nicht länger zusehen. Nach Informationen der Deutschen Industrie- und Handelskammer wird Anfang September dieses Jahres eine eigene Repräsentanz auf Kuba eröffnet, um „deutschen Unternehmen bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten auf Kuba beratend zur Seite zu stehen“. Neuer Delegierter der deutschen Wirtschaft in Kuba ist Gunther Neubert, zurzeit noch Geschäftsführer der deutsch-kroatischen Industrie- und Handelskammer in Zagreb.

„Die Wirtschaftsreform, die in Kuba läuft, wäre vor 20 Jahren noch als ‚konterrevolutionäres Programm‘ eingestuft worden“, meint Wolfram Morales, Büreleiter des Präsidenten des Ostdeutschen Sparkassenverbandes. „Die Kubaner sind sich schon im klaren, dass die Selbstständig-

keit an sich ein kapitalistisches Element innerhalb ihres Wirtschaftssystems ist. Aus kubanischer Sicht ist das, was da jetzt läuft, die Verbesserung des Sozialismus. Was sie einführen, sind Selbstständige, also Marktwirtschaft.“

Wenn es um Kuba geht, läuft Wolfram Morales zur Hochform auf. Der Sparkassenmitarbeiter, Sohn eines Journalisten aus Guatemala und einer DDR-Bürgerin, ging als Kind vier Jahre auf Kuba zur Schule, weil sein Vater dort arbeitete. Seine Mission: Kontakte nach Havanna knüpfen und die Kooperation ausbauen. Der Ostdeutsche Sparkassenverband mauserte sich aufgrund der vielfältigen Kontakte zum Partner der Sparkassenstiftung für Lateinamerika.

## Inwiefern sich das Land durch die Touristen öffnet, bleibt ungewiss

Im Jahr zwei nach dem Ende der diplomatischen Eiszeit zwischen Washington und Havanna bietet Kuba für Besucher ein faszinierendes und zugleich verwirrendes Bild. In der Altstadt Havannas stehen Luxushotels neben einsturzgefährdeten Häusern und kapitalistische Konsumtempel, in denen Schmuck und Uhren für über 10 000 Dollar ausliegen, neben staatlichen Läden, in denen Grundnahrungs-

mittel verkauft werden. Vom wachsenden Tourismus profitieren der Staat und die Kubaner, die „auf eigene Rechnung“ arbeiten: Vermieter von Gästezimmern, Rikschafahrer, Blumenverkäufer, Tanzlehrer oder Touristenführer.

Dass die mehr als vier Millionen Touristen, die Kuba im vergangenen Jahr besuchten, auch die politische Öffnung der Insel vorantreiben, ist allerdings alles andere als sicher. „Wer glaubt, dass mit den Besuchern auch Unternehmerteil in die erstarrten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen einsickert, muss sich auf viele Enttäuschungen gefasst machen“, prophezeit Kuba-Kenner und „Spiegel“-Korrespondent Jens Glüsing in seinem neuen Buch „Kuba. Von der Revolution der Armen, Havanna und Chevrolets, Amis und Zuckerrohr“. „Die große Frage ist, ob es der kommunistischen Partei gelingt, die Einparteiherrschaft in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem hinüberzuretten, oder ob deren Macht zerfällt“, meint Glüsing.

Staatschef Raúl Castro hat diese Frage für sich bereits beantwortet. Er setzt auf Wandel ohne Annäherung. Zum Abschluss der neunten Sitzung des kubanischen Parlaments am 15. Juli in Havanna schlug er verbal ideologische Pflöcke ein. Er warnt: „Jegliche Strategie zur Zerstörung der Revolution wird scheitern.“